

16. September 2024

## P R E S S E M I T T E I L U N G

### Landtagswahl in Brandenburg

#### *Ein hochschulpolitischer Blick auf die Programme der demokratischen Parteien*

*Die Landesfachgruppe Hochschule und Forschung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Brandenburg sieht bei allen demokratischen Parteien Anknüpfungspunkte für eine konstruktive Zusammenarbeit in der neuen Legislaturperiode. Aus Sicht der Fachgruppe wäre es wichtig, dass im künftigen Landtag auch die nach Umfragen kleineren Parteien Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie die BVB/Freie Wähler vertreten sind, um Einfluss auf die Hochschul- und Wissenschaftspolitik des Landes zu nehmen.*

Zur Landtagswahl am 22. September hat die Fachgruppe Wahlprogramme gesichtet und bei den demokratischen Parteien „Wahlprüfsteine“ eingereicht, um die hochschulpolitische Ausrichtung der Parteien einzuordnen. Die GEW vertritt im Hochschulbereich vorrangig die Interessen des abhängig-beschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals. Daraus ergeben sich für die Zusammenarbeit mit den Fraktionen des neuen Landtags wesentliche Ziele:

- den Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ als landesweites Dialogforum dauerhaft zu etablieren
- Transparenz in die Verwendung der Finanzmittel aus dem Zukunftsvertrag ‘Studium und Lehre stärken’ bringen und ihren vorrangigen Einsatz für den Ausbau von Dauerbeschäftigung sicherstellen
- die Lehrverpflichtung im akademischem Mittelbau nach Tätigkeitsprofilen differenzieren, die neben dem Lehrdeputat auch Betreuungs- und Beratungsaufgaben systematisch einbeziehen
- den wissenschaftlichen Anspruch des Lehramtsstudiums mit größerer Praxisorientierung verbinden

Bis Redaktionsschluss lagen der GEW die Antworten der Parteien CDU, SPD, FDP, BVB/Freie Wähler, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vor. Die Landesfachgruppe begrüßt das Bekenntnis der Parteien, auch in der neuen Legislaturperiode für eine auskömmliche Hochschulfinanzierung zu sorgen. Ebenso erfreulich finden wir die Willensbekundung, den Dialogprozess in modifizierter Form weiterzuführen. Auf unsere Zustimmung trifft auch der parteiübergreifende Konsens, Lehramtsstudiengänge im Sinne einer stärkeren Praxisorientierung zu reformieren. Damit ergeben sich mit allen demokratischen Parteien Ansatzpunkte für Gespräche, um auszuloten, ob Anregungen für parlamentarische Initiativen aufgegriffen werden können.

Dr. Fred Albrecht, Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung im Landesvorstand gibt allerdings zu bedenken: “Mit der CDU und der FDP wird es schwierig werden, gemeinsame Vorhaben zu bestimmen, da beide Parteien eine weitgehende Autonomie der Hochschulen in Finanz- und Personalangelegenheiten betonen und deutliche Vorbehalte gegenüber Vorgaben auf Landesebene äußern, wie sie z.T. zum Abschluss des Dialogprozesses festgehalten wurden.”

Erik Zander, Sprecher der GEW Studierenden in Brandenburg, fügt ergänzend hinzu: “Die SPD spricht sich nicht grundsätzlich gegen landesweite Regelungen aus. Leider bleibt es aber größtenteils vage, welchen Inhalt diese Regelungen haben sollen. Weiterführende Projekte sind schwer zu erkennen.” Das sei in gewissem Maße unverständlich, meint Dr. Claudia Rödel aus dem GEW-Kreisverband Universität Potsdam, denn schließlich habe das SPD-geführte Wissenschaftsministerium in den letzten fünf Jahren mit dem Dialogprozess und dem neuen Hochschulgesetz durchaus beachtliche Erfolge vorzuweisen.

Zu separat von der Brandenburgischen Studierendenvertretung (BRANDSTUVE) und dem Landesausschuss der GEW Studierenden (LAGS) eingereichten Fragen nahmen Die Grünen und die Linke Stellung. Beide Parteien betonten große Übereinstimmung mit GEW-Forderungen. Etwa zur zügigen Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation von Studierenden in Brandenburg, der Einrichtung von externen Beschwerdestellen bei Machtmissbrauch oder der Beibehaltung eines deutschlandweiten Semestertickets.

“Die größte Schnittmenge gibt es mit den Programmen der Grünen und der Linkspartei. Auch bei den Freien Wählern sehen wir Übereinstimmung mit den Positionen der GEW, so z.B. bei Bemühungen um die Verbesserung der sozialen Situation Studierender“ resümiert Susanne Gnädig, Vorsitzende der Landesfachgruppe Hochschule und Forschung. “Es finden sich aber in allen Programmen der demokratischen Parteien Anknüpfungspunkte für parlamentarische Initiativen. Wichtig für die Wissenschaftslandschaft in Bandenburg wird es sein, dass diese Parteien in Fraktionsstärke im Landtag vertreten sein werden.“

Die vollständigen Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine und die Einschätzung der Landesfachgruppe sind unter folgendem Link abrufbar: <https://www.gew-brandenburg.de/hochschule-forschung/landesfachgruppe-huf/>

## **Kontakt**

Susanne Gnädig

Telefon: 0331-58244106

E-Mail: [huf@gew-brandenburg.de](mailto:huf@gew-brandenburg.de)